

# Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 121. Jahrgang, Nr. 294

VERBUND / SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51, Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55, Fax Inserate (075) 237 51 66, Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71, E-Mail-Adresse: flvobla@flvobla.li.li, Internet-Adresse: http://www.li.li/volksblatt

## DAS WETTER BEI UNS

Bewölkt,  
einige  
Regenschauer  
max. 5°  
min. 3°

## Heute

Aufhellungen  
und einzelne  
Schneeschauer  
max. 3°  
min. -1°

## Morgen

SMA -  
METEO Schweiz

Weitere Wetterinfos - Letzte Seite



## FAMILIEN-EXTRA

### Was bringt das Jahr 2000?

Pia Steiner schaut exklusiv für die VOLKSBLATT-LeserInnen in die Sterne und die Karten.

Seite 12

## MONTAG

### Das Herz am richtigen Fleck

VADUZ: Auf Einladung der FBPL-Gemeinderatsfraktion und des Ortsgruppenvorstandes fanden sich am gestrigen Stephanstag zahlreiche Senioren im Betagtenwohnheim St. Florin zu einem weihnachtlichen Treffen ein. Stimmungsvolle Musik, köstliche Verpflegung und angeregte Gespräche zeugten von jener Wertschätzung, welche die jüngere Generation, in diesem Falle verkörpert durch die Mandatsträger der FBPL, den Betagten entgegenbringt. **Seite 2**

### «Schwabbrünnentunnel noch nicht vom Tisch»

GAMPRIN: Im heutigen dritten Teil unserer Vorsteher-Interview-Serie äussert sich Donath Oehri, Vorsteher von Gamprin-Bendern, zu Vergangenheit und Zukunft seiner Gemeinde. Die Gemeinde Gamprin-Bendern gehört zu jenen Gemeinden, die von der Verkehrsproblematik Unterland betroffen sind. Vorsteher Donath Oehri betont dann auch im Interview, dass für ihn die Detailausgestaltung der Strasse im Mündungsbereich in Bendern von grosser Bedeutung sei. **Seite 5**

### Schweiz will behilflich sein

BERN: Regierungsrat und Justizminister Heinz Frommelt hat am vergangenen Freitag in Bern die Geldwäscherei-Vorwürfe an Liechtenstein mit Justizministerin Ruth Metzler besprochen. Die Schweiz werde unserem Land bei den weiteren Abklärungen behilflich sein, teilte die Bundesrätin im Anschluss an dieses Treffen mit. **Seite 7**

### Weihnachtsgeschichte: Wie geht sie aus?

SCHAAN: Zahlreiche Zuschriften anlässlich unseres Fortsetzungs-Wettbewerbs unserer Weihnachtsgeschichte zeugen von blühender Phantasie unserer meist jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Lesen Sie heute weitere Fortsetzungen der Geschichte von Jacqueline und dem Weihnachtsraumschiff. **Seite 11**

### FL-Langlauf-Asse peilen Weltcup-Punkte an

SKI-NORDISCH: Für die Liechtensteiner Langlauf-Asse Stephan Kunz (Bild) und Markus Hasler ist die Festtagspause bereits wieder vorbei. Sie haben in den nächsten drei Tagen ein volles Programm vor sich: Drei Sprintrennen in Engelberg, Garmisch-Partenkirchen und Kitzbühel stehen an. Heute Montag wird in Engelberg ein neues Kapitel in der Geschichte des Langlauf-Weltcups aufgeschlagen. Erstmals überhaupt gibt es bei einem Sprintwettbewerb Weltcup-Zähler und erstmals wird der Sprint in der klassischen Form ausgetragen. Stephan Kunz möchte bei dieser doppelten Premiere auch eine Rolle spielen, am liebsten natürlich eine der wichtigeren und keinen Statistenpart. Auch Markus Hasler peilt bei den Sprints Weltcup-Punkte an. **Seite 13**

### Ölpest erreicht Küste

BREST: Über Weihnachten wurden mehr als 100 Kilometer der französischen Küste von schwarzen Ölflecken verschmutzt. **Letzte Seite**

# SF DRS zieht sich zurück

Schweizer Fernsehprogramme werden für Satellitenempfänger kostenpflichtig

Das Schweizer Fernsehen zieht sich aus Liechtenstein zurück. Weil die Regierung seit 1998 keine Beiträge mehr an die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) für erbrachte Leistungen bezahlt, fühlt sich die SRG zu diesem Schritt gezwungen. Für viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner wird dadurch Fernsehen teurer.

Peter Kindler

Fernsehen wird für einige Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner in Zukunft ein teures Vergnügen. Die SRG streicht ab kommendem Jahr sämtliche Leistungen für das Fürstentum Liechtenstein. Die finanzi-

elle Abgeltung an die SRG für erbrachte Leistungen im Bereich von Radio und Fernsehen wurde von der Regierung nur noch bis zum Jahr 1997 erbracht. In einem Brief, der in unserem Land seit Anfang Dezember kursiert, wird von der SRG festgehalten, dass man sich aus diesem Grund gezwungen fühlt, die Ausstrahlung des Fernsehprogramms SF 1 über den Satelliten Astra 1G ab dem Jahr 2000 gebührenpflichtig zu machen. Die SRG wartete mit ihrer Reaktion - so lange ab, weil ihr weitere finanzielle Beiträge aus dem Fürstentum Liechtenstein im Rahmen eines Medienfonds in Aussicht gestellt wurde. Seit 1997 wurden aber von Liechtensteiner Seite aus mit dem Schweizer Fernsehen keine Ge-

sprache geführt oder Vereinbarungen getroffen. Liechtensteiner Fernsehkunden, die ihren Empfang via Kabel oder Antenne beziehen, sind von den Massnahmen des Schweizer Fernsehens nicht betroffen. Schweizer Programme können weiterhin wie gewohnt empfangen werden. Fernsehkonsumenten, die noch nicht verkabelt sind und die Schweizer Programme über die bekannten Satellitenschüsseln beziehen, werden in Zukunft aber kräftig zur Kasse gebeten. Der Empfang von SRG wird nur noch mit einer sogenannten «Sat Access-Karte» möglich sein, die jährlich mit einem Betrag von 120 Franken zu berappen ist. Vor allem Konsumenten im Alpengebiet Malbun und Steg müssen den finanziellen Mehraufwand in Kauf neh-

men, um auch in Zukunft täglich die Schweizer «Tagesschau» sehen zu können.

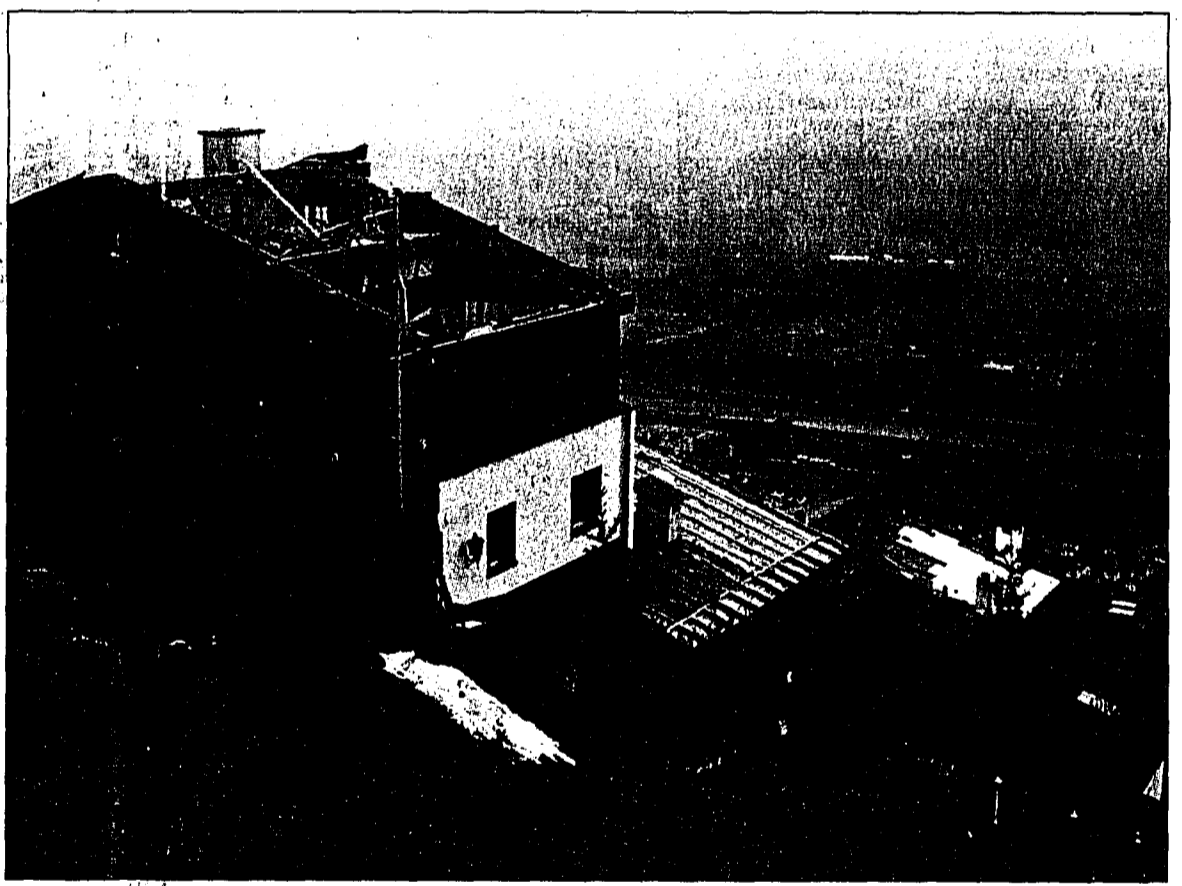
### Gleichbehandlung mit Auslandschweizern

Die SRG hält in ihrem Schreiben fest, dass man Liechtensteiner vorerst vom gleichen Angebot profitieren lassen wolle, wie Auslandschweizer, die nicht auf die Programme der SRG verzichten wollen. Das bedeutet, dass man nur durch die Bezahlung von 120 Franken das Schweizer Fernsehprogramm via Satellit empfangen kann. Wie lange die SRG aber das Angebot aufrecht erhalten will, bleibt unklar, denn durch die Formulierung des Briefes wird offengelassen, wann und in welchem Rahmen eine Preiserhöhung erfolgen wird.

## ORKANARTIGER STURM

### Hohe Schäden in Liechtenstein

Hefige Sturmböen haben am Stephanstag in Liechtenstein grossen Schaden angerichtet. Am stärksten betroffen waren Triesenberg und Steg, wie die Landespolizei gestern Abend mitteilte. Ein umgeknickter Strommast verursachte einen stundenlangen Stromunterbruch in Vaduz, Triesen, Triesenberg und Balzers. In manchen Gemeinden wurden etliche Dächer von Wohn- und Gewerbegebäuden beschädigt oder vom Sturm ganz abgetragen, wie hier bei einer Überbauung direkt unterhalb des Triesenberger Dorfzentrums. Auch die alte Holzbrücke in Vaduz wurde beschädigt. Fahrzeuge kamen durch herumwirbelnde Gegenstände zu Schaden. Personen wurden aber keine verletzt. In den umliegenden Ländern sind dagegen Dutzende Menschen ums Leben gekommen. **Seiten 3, 21, 24**



## Papst erteilte Segen urbi et orbi



ROM: Papst Johannes Paul II. hat in seiner Weihnachtsbotschaft zum Schutz des menschlichen Lebens und zu Frieden in der Welt aufgerufen. Danach erteilte er vor zehntausenden Gläubigen auf dem Petersplatz in Rom den Segen urbi et orbi - der Stadt und dem Erdkreis. **Seite 23**

## Druck auf Kohl wächst

Kritik auch von Kanzler Schröder

HAMBURG: Der Druck auf den deutschen Altbundeskanzler Helmut Kohl wächst, in der CDU-Finanzaffäre die Namen der von ihm geheim gehaltenen Spender zu nennen. Bundeskanzler Gerhard Schröder warf Kohl ein gefährliches Staatsverständnis vor, nachdem dieser bekräftigt hatte, er werde sein Wort nicht brechen und die Spender nicht preis geben. Bei den Christdemokraten verschärfte sich der Ton gegenüber dem Ehrenvorsitzenden der Partei. Kohl müsse die «grosse Sorge» des CDU-Präsidiums und dessen klare Forderungen an ihn «sehr ernst nehmen», verlangte der stellvertretende Parteichef Volker Rühe. Der damalige Kanzler und CDU-Vorsitzende Kohl hatte nach eigenem Eingeständnis zwischen 1993 und 1998 bis zu zwei Mio. Mark in bar entgegengenommen, ohne sie offiziell als Spenden zu verbuchen,

wie es das Parteiengesetz vorschreibt. Wenn Kohl erkläre, persönliche Beziehungen seien ihm wichtiger als Gesetze, sei dies in einer Demokratie «nicht erlaubt», sagte Schröder der «Bild am Sonntag». Dies gelte besonders für den Kanzler, «denn es sind ja seine Gesetze, die zu allererst für ihn selber gelten müssen. Sonst kann man auch nicht mehr erwarten, dass die Menschen die Gesetze befolgen.» Um Vorgänge wie die rechtswidrige Spendenannahme durch Kohl künftig zu verhindern, müssten die geltenden Gesetze strikt angewandt und befolgt werden, sagte Schröder. Mit Blick auf die lange Amtszeit Kohls gab Schröder zu bedenken, «dass man mit Ablauf so langer Zeiträume das Gespür dafür verliert, was geht und was nicht. Daraus sollte ein Politiker die Konsequenz ziehen, zu wissen, wann er aufhören muss.»